

Sympathie in der Koalition für eine Trennung von Bankgeschäften

CSU-Chef Seehofer unterstützt den Vorstoß des SPD-Vorsitzenden Gabriel

ami./ham./bes. BERLIN/FRANKFURT/LONDON, 17. Oktober. Die Idee, Banken nach ihren Arbeitsbereichen zu trennen und riskante Teile mit mehr Eigenkapital zu unterlegen, findet in der deutschen Politik immer mehr Anhänger. Solche Vorschläge gäben „interessante Ansätze für die internationale Diskussion zur Finanzmarktregulierung“, sagte der Sprecher des Bundesfinanzministeriums am Montag. Mit dem Vorsitzenden der CSU, Horst Seehofer, sprach sich erstmals ein führender Kopf der schwarz-gelben Koalition für die Trennung des Investmentbankings vom klassischen Bankgeschäft aus. Er befürwortete eine „klare Trennung“, sagte Seehofer laut Agenturberichten in München. Für beide Bereiche sollen seiner Vorstellung nach unterschiedlich scharfe Risiko- und Verhaltensregeln gelten.

Bisher ziehen Bankaufseher und Politiker im Euroraum aus der Finanzkrise andere Lehren. Durch die von 2013 an schrittweise einzuführenden Regeln „Basel III“ müssen Banken mehr Eigenkapital und mehr Liquidität vorhalten als bisher. Große, mit anderen Banken eng verwobene Institute müssen wegen ihrer Systemrelevanz zusätzlich Kapital vorhalten. Bundesfinanzminister Schäuble stellte am Montag eine nochmals höhere Kernkapitalquote von 9 Prozent für Großbanken in Aussicht. Bisher müssen sie bis 2019 lediglich 7 Prozent aufweisen.

Als Reaktion auf wachsende Eigenkapitalanforderungen haben Großbanken wie Deutsche Bank und BNP Paribas vor kurzem angekündigt, in größerem Stil Risiken abzubauen (F.A.Z. vom 17. Oktober). Diese Schrumpfung machte eine Rettung durch den Staat weniger kostspielig. Allerdings hat die politisch gewünschte Ver-

kleinerung des in den Jahren 2000 bis 2007 rasch gewachsenen Finanzsektors auch negative volkswirtschaftliche Effekte. Zu erwarten ist etwa, dass Unternehmenskredite generell teurer werden.

Je nachdem, wie die hierzulande neu diskutierte Trennung verliefte, würden weitere Dienstleistungen der Banken leiden. So dürfte die Liquidität auf dem Markt für Terminkontrakte für Öl abnehmen, wenn weniger große Banken dort ak-

tiv wären. Dies hätte Nachteile für Unternehmen. Aktien- und Anleiheemissionen von Unternehmen am Kapitalmarkt, die Banken in Teilen garantieren, wären womöglich weniger sicher zu plazieren.

Angestoßen hat die jüngste Debatte der Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel (F.A.Z. vom 17. Oktober). Angesichts der andauernden Probleme müssten die Institute wieder in Geschäftsbanken und Investmentbanking, die vor allem das Kapitalmarktgeschäft betreiben, getrennt werden. „Das schlägt die OECD vor, auch eine Kommission in Großbritannien. Nur in Europa setzt sich die Bankenlobby durch“, sagte er im Deutschlandfunk. Ihm gehe es nicht um eine Zerschlagung, sondern um höhere Kapitalanforderungen für bestimmte Geschäftsbereiche. „Damit, wenn etwas schiefgeht, nicht die Sparkunden dran glauben.“

Allerdings wurden in Deutschland in der Finanzkrise vom Bankenrettungs-

fonds Soffin mit der Hypo Real Estate, der West LB und der Aareal Bank drei Banken ohne Privatkundengeschäft gerettet. Nur die teilverstaatlichte Commerzbank hat Privatkundengeschäft. Drei Landesbanken erhielten von den Bundesländern umfangreiche Kapitalhilfen – nicht weil eine Gefahr für Privatkundeneinlagen bestand, sondern weil sie kaum noch Geld geliehen bekamen und eine Insolvenz womöglich andere Banken mit in den Abgrund gerissen hätte.

In Großbritannien allerdings sollen Pläne zur Trennung des Investmentbanking vom Kerngeschäft der Universalbanken schon bis 2019 umgesetzt werden. Im Bundesfinanzministerium zeigt man sich grundsätzlich offen dafür. In Großbritannien sollen große Universalbanken zwar nicht gespalten werden. Aber das volkswirtschaftlich wichtige und schützenswerte Kerngeschäft der Bank, also das Einlagengeschäft, das Kreditgeschäft an den Mittelstand und der Zahlungsverkehr, soll so aufgestellt werden, dass es unter der Holding der Bank auch im Notfall eigenständig weiter operieren kann. Es soll nicht nur ein eigenes Management mit eigenem Verwaltungsrat, eigenen Management- und Organisationsstrukturen haben, sondern auch so mit Eigenkapital und Liquidität ausgestattet werden, dass es selbst bei gravierenden Verlusten im Investmentbanking unbehelligt weiterbestehen könnte. Es wäre dann Zeit genug, Wege zu finden, wie verlustreiche Geschäfte des Investmentbankings saniert oder gar abgewickelt werden könnten. Den Vorteilen stünde der Nachteil entgegen, dass Banken noch mehr Eigenkapital bräuchten oder noch stärker schrumpfen müssten. (*Die Überdehnung des internationalen Bankgeschäfts, Seite 21*)